

Es gilt das gesprochene Wort!



27.02.2002

Haushaltsrede 2002

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
die Beratung und Verabschiedung des Haushaltes 2002 fällt zusammen mit dem Ende der ersten Hälfte der derzeitigen Wahlperiode. Anlass also, über die Betrachtung des aktuellen Zahlenwerkes hinaus einmal kurz Bilanz zu ziehen, über das, was von den politischen Versprechungen und Vorhaben des Wahljahres 1999 realisiert wurde, bzw. was schlussendlich die Bürger vom neuen Schwung der Mehrheitsfraktion aufgebürdet bekamen.

Ich sage es vorweg: die Bilanz ist eine einzige Katastrophe:

1. Wie keiner Partei vor ihr ist es der CDU gelungen ihre finanzpolitischen Ziele völlig absurdum zu führen. Angefangen hat alles mit der Steuererhöhung, die laut CDU im Wahlkampf 1999 überhaupt nie zur Debatte stand. Im Gegenteil. Sogar alte Steuererhöhungen wollte man zurücknehmen - hieß es damals. Nun hat die schwächelnde Konjunktur die CDU dazu verführt, das sie alles vergaß, damit man wenigstens einige der lauthals gemachten Versprechungen noch halten konnte.
2. Die CDU wird den größten Schuldenturm in der Siegener Geschichte zu verantworten haben, und doch werden gleichzeitig mehr Luftschlösser in dieser Stadt gebaut als je zuvor. Allen wird alles versprochen – und doch tatsächlich wenig realisiert.
3. Als wäre dies alles nicht schon schwerwiegend genug, wurde binnen weniger Jahre ein Großteil des städtischen Aktienbesitzes verkauft und die Steuern erhöht, um wenigstens die größten Löcher zu stopfen.

Kurz gesagt: die Stadt ist weitgehend pleite, wichtige Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen wurden immer noch nicht im erforderlichen Maße angegangen und die CDU-Mehrheit plant munter weiter prestigeträchtige Großprojekte, ohne die nötige soziale Verantwortung zu zeigen.

Da passt es ganz gut ins Bild, dass pünktlich zum Halbzeitpfeiff der laufenden Legislaturperiode der Fraktionsvorsitzende der CDU die Bürgerschaft, die es wagte kritische Worte zum Winterdienst in der Stadt Siegen zu finden, als verweichlichte Zeitgenossen beschimpfte. Aber, meine Damen und Herren, da ist die Überraschung über ein solches Verhalten nicht so groß. So kommt es eben, wenn das Gemeinwohl und die Beteiligung der Bürgerschaft an politischen oder auch praktischen Fragestellungen offenkundig als Störung empfunden wird.

Gestatten Sie mir zuerst auf die Rolle des Bürgermeisters einzugehen und auch seine ersten Jahre in Siegen kurz zu bewerten:

Was uns gefallen hat, ist die zumeist freundliche und kommunikative Art, mit der Sie, Herr Bürgermeister, soweit wir dies erlauben können, allen als Gesprächspartner zur Verfügung stehen.

Was uns nicht gefallen hat, ist die bisweilen doch arg unkritische Haltung gegenüber den Personen in unserer Stadt, die sich als die wahren global player in Siegen verstehen und für die das Kommunalparlament mehr als Hemmschuh denn als demokratisches Entscheidungsgremium gilt.

Was uns gefallen hat, ist ihr Bemühen um sachliche Debatten und um Ausgleich.

Was uns nicht gefallen hat, ist Ihre Art, nicht alle politischen Fragen auch tatsächlich anzupacken und - entschuldigen Sie - Ihre - na sagen wir - etwas überholte Einstellung insbesondere bei ökologischen Fragestellungen. Dies Thema aber später ausführlicher.

Ich komme nun zu den Einzelbereichen des Haushaltes 2002 und zu einem weiteren Blick auf die Finanzen unserer Stadt:

Bei der Darstellung der finanziellen Lage kann ich an unsere Haushaltsreden der letzten Jahre nahtlos anknüpfen. Die Stadt Siegen ist durch Aktienverkäufe und Fehlbeträge 2000 und 2001 um etwa 25 Mio. € ärmer geworden, in diesem Jahr soll ein Fehlbetrag von etwa 2 Mio. € dazukommen, bei 8 Mio. € Erlösen aus Aktienverkauf. Etwa 10 Mio. € Vermögensverlust sind also eingeplant und bei den durchgängig optimistisch angelegten Einnahmehaushaltsansätzen weiß nur der große Manitu allein, welcher Fehlbetrag tatsächlich am Ende des Jahres stehen wird. Die Kassenkredite steigen munter weiter, und immer mehr Geld der Steuerzahler wird für Zinsen aufgewandt. Die Banken, die Reichen und die Besitzer von Kommunalobligationen wird es freuen.

Die Stimmung auf der "Titanic" ist dagegen weiterhin blendend. Bürgermeister und CDU-Fraktion machen fröhlich weiter, von Konsolidierungs- oder gar Sparbemühungen kaum eine Spur. Vom Theater über den Busbereitstellungsplatz, einem Bürgerhaus in Geisweid oder den Siegbertgtunnel mit gerade mal 25 Mio. € – alles ist noch möglich und machbar und selbst bei Kleinigkeiten wie den Stühlen im Ratssaal wird eifrig nach schönen und teuren Modellen Ausschau gehalten. Beim Personal allerdings soll noch mal gespart werden – erst 500.000 €, jetzt "nur" 300 000 €, - plus die 200 000 €, die für den Winterdienst schon eingerechnet sind. Die CDU ist da nicht einsichtig, sondern sie stellt es nur anders dar. Meine Damen und Herren, es würden weiterhin 14 Stellen wegfallen! Global selbstverständlich, denn zu benennen, wo Aufgaben wegfallen sollen, ist diese Partei offensichtlich zu feige. Die eigenen Fachpolitiker sind düpiert und man fragt sich, wer bei der CDU, wann und wo, welche Generallinie bestimmt. Oder ist es einfach nur Chefsache und damit Basta.

Wenn Sie denn so weitermachen, meine Damen und Herren, wird die Stadt Siegen in den 5 Jahren ihrer absoluten Mehrheit um etwa 60 – 70 Mio. € ärmer geworden sein. Die These, die CDU könne mit Geld umgehen, haben Sie jedenfalls in dieser Stadt gründlich widerlegt.

Wenn man sich einerseits die Einlassungen des Kämmerers zum Haushalt der Stadt vor Augen führt, andererseits aber die praktische Politik des Bürgermeisters, der Verwaltung und der Mehrheit des Rates betrachtet, fällt es einem schwer zu glauben, dass es hier um denselben Haushalt derselben Stadt geht.

Immer noch gibt es Beispiele für unglaubliche Verschwendung von Steuergeldern, aber auch für den Verzicht auf mögliche Einnahmemöglichkeiten in ungeahnter Höhe.

So steht weiterhin der völlig überdimensionierte Busbereitstellungsplatz im Haushalt dieser Stadt; auch die Tatsache, dass es "nur" noch um 7,5 Mio. €, und nicht mehr um 14 Mio. DM geht, kann uns mit diesem Projekt nicht versöhnen.

Gewissermaßen eingemogelt in den Haushalt haben sich auch die 2,4 Mio. € für den Neubau der Giersbergstraße. Natürlich streiten auch wir nicht ab, dass es auf dieser Straße einige Schlaglöcher gibt, genau wie auf vielen anderen Straßen in Siegen. Wir können uns aber nicht

erinnern, dass jemals eine derartig hohe Investitionssumme mit so wenig öffentlicher Diskussion über mögliche andere Prioritäten in den Haushalt der Stadt gelangt wäre.

Oder nehmen wir den Umbau der Känerbergstraße in Weidenau. Hier wurde vor Jahrzehnten eine prachtvolle Ulmenallee gepflanzt. Diese Bäume mussten wegen des Ulmensterbens leider gefällt werden. Entsprechend den Vorgaben der Baumschutzsatzung und zur Erhaltung des Ortsbildes müssten diese Bäume eigentlich durch neue am gleichen Standort ersetzt werden. Stattdessen beschließt die CDU-Fraktion den Rückbau der Baumscheiben, und somit die endgültige Abschaffung der Bäume, und damit verbunden den kompletten Umbau der Straße. Mehrkosten gegenüber von Ersatzpflanzungen am gleichen Standort von mindestens 100.000 DM, gleich 51.130 €. Nur nebenbei bemerkt ist die Känerbergstraße Teil des Schulwegs zum Schulzentrum am Giersberg. Durch den Umbau der Straße wird die Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge wieder massiv ansteigen und zur stärkeren Gefährdung aller Fußgänger - nicht nur der Schulkinder - führen.

Finanzen

Die Zeiten der Wohnungsnot in Siegen sind vorbei, es gibt freie Wohnungen und verfügbare Baugrundstücke in erschlossenen Baugebieten. In dieser Situation beschließt die CDU-Fraktion, die Planung für das Gebiet "Im Boden" in Oberschelden an freie Büros zu vergeben, da angeblich äußerste Dringlichkeit besteht. Kosten: ebenfalls mindestens 51.000 €. Diese Planungen könnten genau so gut durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung erbracht werden, es würde nur ein paar Monate länger dauern.

Aber es gibt nicht nur genügend Beispiele für die Verschwendung von Steuergeldern durch Ratsmehrheit und Verwaltung, es gibt leider auch viele Fälle von nicht ausgenutzten Einnahmemöglichkeiten durch die Verwaltung. Hierbei geht es uns nicht etwa um das unbeliebte Thema "Erhöhung von Steuern und Gebühren", sondern zum Beispiel um folgendes:

- Schon 2000 bezifferte die Verwaltung den Mietausfall in städtischen Immobilien in der Straße "An der Unterführung" auf 85.379,06 DM für 1999. Diese Zahl hat sich zwischenzeitlich durch weiteren Leerstand beträchtlich erhöht. Verschenktes Geld durch ideologisch motivierten Leerstand!

- Seit Anfang 1999 steht das städtische Gebäude Am Kirchberg 10 leer, die weitere Verwendung ist völlig ungewiss, sicher sind dagegen Schäden an der Bausubstanz, bedingt durch den unnötigen Leerstand. Trotz dieser Situation behauptet der zuständige Fachbereichsleiter, dass von Mietausfall zu Lasten der Stadt hier keine Rede sein könne. Setzt man eine Kaltmiete von 500 € pro Monat an, ist der Stadt hier bisher ein Schaden von mindestens 18.000 € entstanden. Und ein Ende ist nicht in Sicht.

Herr Bürgermeister, bei diesem Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sind Fragen nach personellen Konsequenzen sicher angebracht.

Die Kulturpolitik ist in Siegen schon immer schwierig und problematisch gewesen! An Ideen hat es eigentlich nie gemangelt, aber immer an Geld, und das heißt an der notwendigen Entscheidung, die Sicherung und den Ausbau des Kulturangebots als einen zentralen Bestandteil kommunaler Politik zu sehen.

Kulturpolitik

Zugegeben, seit 1990 ist das eine oder andere geleistet worden, und darunter auch etwas wirklich Großartiges. Aber täuschen wir uns nicht darüber hinweg, das Museum für Gegenwartskunst ist doch ein einzigartiger und dazu noch für die Stadt äußerst "preiswerter" Glücksfall! Dieses Museum ist ein neues Aushängeschild, aber reicht dies aus für das Oberzentrum Siegen?

Sehr viel ältere Kultureinrichtungen rotten doch nur noch vor sich hin. Dazu hier nur zwei Beispiele:

Schon seit längerem ist bekannt, dass das Obere Schloss dringend saniert werden muss. Hier muss sehr schnell etwas getan werden, damit nicht noch größere und dann schier unbezahlbare Schäden an dem alten Bauwerk entstehen. Ganz zu schweigen vom darin untergebrachten Siegerlandmuseum mit seinen wertvollen Ausstellungsstücken, die wirksam geschützt und außerdem ihrer Bedeutung entsprechend präsentiert werden müssen. Da liegt vieles im argen, und wir müssen obendrein als Ergebnis zur Kenntnis nehmen: Die Besucherzahlen gehen kontinuierlich zurück.

Im Haushalt sind 60.000 € für die allerdringlichsten Sanierungsarbeiten angesetzt worden, 100.000 € wurden mit einem einstimmigen Beschluss im Kulturausschuss zusätzlich eingestellt. Diese Summe reicht gerade einmal für die allerdringlichsten Reparaturen – wenn überhaupt! Wir vermissen das Gutachten einer auf Baudenkmäler dieser Art spezialisierten Fachperson! Auf vage Schätzungen können wir uns doch nun wirklich nicht verlassen! Und wo bleibt ein vorsorglicher Mittelansatz für all die Reparaturen der Schäden, die erst dann sichtbar werden, wenn bei der Sanierung z.B. die Bodenbeläge entfernt werden?

Mit der Stadtbibliothek sind wir bei der zweiten städtischen "Kulturruipe". Auch dieses Problem ist seit vielen Jahren bekannt – und es passiert nichts! Statt wenigstens für eine angemessene Ausstattung dieser maroden Einrichtung zu sorgen, ist über die Jahre hinweg das Budget für Medienbeschaffungen kontinuierlich zusammengestrichen worden bzw. es stagniert auf niedrigem Niveau. Die Besucher- und Ausleihzahlen haben sich entsprechend entwickelt: sie sind nun auf einen solchen Niedrigstand abgesunken, dass böse Zeitgenossen empfehlen, ernsthaft zu überprüfen, ob man die Stadtbibliothek nicht besser schließen sollte. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt finden nur ein unzulängliches Medienangebot vor, und das in Räumen, die alles andere als attraktiv zu nennen sind, und einen überproportionalen Personaleinsatz erfordern.

Vergleichbar mit anderen Städten rangiert die Stadtbibliothek Siegen auf Platz 23 - von 23 Plätzen. Diesen letzten Platz werden wir so mit Sicherheit behalten.

Angesichts des Oberen Schlosses und der Stadtbibliothek müssen wir für viele Jahre büßen, in denen Beton und Asphalt stets wichtiger erschienen als zumindest eine attraktive Grundversorgung der Bürger dieser Stadt in Sachen Kultur.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem Feld, das uns Grünen – offensichtlich im Gegensatz zu anderen Fraktionen - ganz besonders am Herzen liegt: Die Umweltpolitik in dieser Stadt.

Wie dieser Rat, insbesondere die "neue Mehrheit" - aber zu unserem Bedauern, auch die Stadtverwaltung und hier insbesondere die Verwaltungsspitze - mit diesem Themenbereich umgehen, findet unser äußerstes Missfallen und ruft nach Widerstand.

Ein paar schlechte Beispiele aus Ihrer Provinzpolitik möchte ich stichwortartig benennen:

1. **Stichwort: regenerative, umweltschonende Energien:**

Die Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen ist geradezu ins Lächerliche reduziert worden. Für ein Oberzentrum wie die Stadt Siegen sind gerade mal 2 Flächen als Ausweisungsgebiete für eventuelle Investoren übrig geblieben. Wenn die Investoren hier Sparkasse oder Ikea heißen würden, wären es wahrscheinlich ein paar mehr.

2. **Stichwort: BHKW**

Sie alle wissen, dass ein einmaliges Angebot eines Vermarkters von Blockheizkraftanlagen zur Realisierung im Hallenbad Löhrtor vorlag. Mit Hilfe einer fraktionsübergreifenden AG und der Verwaltung konnte ein nahezu kostenneutrales Konzept vorverhandelt werden. Woran ist es gescheitert? An weniger als 10.000 €. Die als fadenscheiniges Argument herhalten mussten, um die guten Verhandlungsergebnisse kaputt zu machen. Nicht nur, dass selbst im Umweltausschuss hier kein Zeichen gesetzt wurde, ja auch die SPD argumentierte

im Windschatten des Kämmerers, und selbst der von der CDU in der AG entsandte Teilnehmer wurde zurückgepiffen und erhielt einen Maulkorb. Der Anbieter der Anlage hat logischer Weise angekündigt, die für Siegen angebotene Modellprojektanlage zurückzuziehen und andernorts zu realisieren. Soviel zur Innovations- und Geschäftstüchtigkeit der CDU, zu den Demokratieverhältnissen innerhalb der CDU schweige ich hier lieber.

3. Stichwort: ÖKO-Konto

Wir haben immerhin ein Ökokonto, nur, leider ist nie was drauf. Warum nicht? Weil für die Eingriffe in Natur und Landschaft, die es mit dem Ökokonto auszugleichen gilt, nie was eingezahlt wird. Nähme man dieses Instrument angemessen ernst, so müsste für jeden Bebauungsplan wie z.B. Heidenberg, wo ja inzwischen gemäß städtischer Praxis gewohnheitsmäßig auf 15-20% des 100%-Ausgleichs verzichtet wird, ein Minus vermerkt werden. Nach unserem Ermessen ist die zur Zeit gängige Praxis, keinen 100%-Ausgleich vorzunehmen, rechtswidrig. Wir werden dazu in den kommenden Monaten noch einiges sagen. Unsere Forderung ist, dass zukünftig die Abweichungen von einem 100%-Ausgleich auf dem Ökokonto vermerkt und zumindest entsprechende Geldgegenwertbeträge dort für Ausgleichsmaßnahmen gutgeschrieben werden. Ansonsten können wir zukünftig auf das Ökokonto als Alibiträger verzichten.

4. Stichwort: Verweigerung von Zuschüssen an die Naturschutzverbände

In der Novembersitzung des Umweltausschuss hat die CDU-Fraktion einmal mehr bewiesen, mit welcher Willkür sie ihre Mehrheit zum Schaden der ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt missbraucht. Die mit je 1000 € beantragten Zuschüsse von NABU und BUND im Zusammenhang mit dem Neuaufbau von neuen Räumlichkeiten haben Sie, meine Damen und Herren der CDU, gegen den Willen aller anderen Ratsfraktionen in Gutsherrenmanier abgewiesen. Der Betrachter weiß, dass Sie den Naturschutzverbänden mal zeigen wollten was passiert, wenn man es wagt sich gegen ihre Politik, hier Giersberg – Ost, zu stellen.

Wir könnten die Liste zu den umweltpolitischen Sünden in dieser Stadt fortsetzen, ich will jedoch nur noch ein paar Sätze zu den Lieblings-B's der Ratsfraktionen – und da tun sich CDU, SPD, FDP und UWG wenig - sagen.

Bauen - auch wenn man den Bedarf nicht nachweisen kann,

Beton - auch wenn die Bürger lieber mehr Grün wollen,

Für jeden Bebauungsplan wird das angebliche Allgemeinwohlinteresse strapaziert. Wir sind uns sicher, das Erhalt und Schutz von Natur und Landschaft genauso ein Allgemeinwohlinteresse ist, vielmehr als Sie es alle wahrhaben wollen.

Für Ihre geplanten Großprojekte, z.B. Giersberg oder Wellersberg wird ein Bedarf behauptet, den die Stadt bis heute nicht nachgewiesen hat und auch nicht nachweisen kann. Sie werden auf ihren Baugrundstücken sitzen bleiben. Für den Verkauf benötigt man viele reiche und pflegeleichte Bauherren und diese hat die Stadt nicht ausreichend aufzuweisen. Gesucht, meine Damen und Herren, werden bezahlbare Grundstücke für Familien mit Kindern.

Ihre Planungen integrieren selten einzuhaltende Schutzaspekte für Mensch und Natur, klimatische Belastungen und Biotopschutz. Kleinere Schritte, aufgrund von realistischen Abwägungen entwickelt, sind schonender für Landschaft und Bevölkerung.

Wir sind für die Realisierung von Wohnbauflächen für die Siegener Bevölkerung. Aber der Bedarf muss seriös nachgewiesen werden und das haben Sie nicht getan mit Ihrem aus dieser Sicht sehr zweifelhaften Wohnbauflächenkonzept. Im Stadtgebiet werden die Flächen aus ganz anderen Gründen verscherbelt: Der Haushalt ist gegen die Wand gefahren, das Tafelsilber wird auf Teufel komm' raus verhökert.

Womit wir bei der Planung Giersberg- Ost wären- oder doch eher beim Theater? Am Giersberg beweisen Sie alle ein Paradestück der Ignoranz gegenüber Umwelt und Natur und letztlich bestehenden Gesetzen. Der Widerstand der Naturschutzverbände hat sich hier mit Recht formiert und wird von uns unterstützt. Das Anliegen der Verbände, für nachfolgende Generationen unter Schutz stehende Biotope zu erhalten und ökologische Richtlinien bei Bauvorhaben beachtet zu wissen, haben Sie bis heute nicht akzeptiert. Sie werden aber auch in Siegen lernen müssen, dass es ein Landschaftsgesetz gibt, dem Sie Folge zu leisten haben. Und, das man hier nicht, wie in Netphen, mal eben in einer Nacht- und- Nebel-Aktion "ein paar Grashalme einfach umpflügen kann", Herr Bürgermeister.

Ein seit langem aktuelles Beispiel ist die Trupbacher Heide. 1989 erstellte die Kreisverwaltung für Siegen- Wittgenstein eine Industrie- und Gewerbeflächenbilanz. Der Stadt Siegen bescheinigte man für die nächsten 10 Jahre einen Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen von 130 ha. Der Bedarf an frei verfügbaren Flächen war und ist unbestritten. Innerhalb eines so kurzen Zeitraums in der Relation zum vorhandenen Flächenbestand 1/3 zusätzliche Fläche zu fordern war jedoch völlig überzogen.

Der Abzug der Belgier machte die Trupbacher Heide frei. Die Forderung der Umweltverbände, der Trupbacher Bürgerinitiative und auch von uns Bündnisgrünen, die Trupbacher Heide unter Naturschutz zu stellen, wurde beständig ignoriert.

Dank des CDU-Altbundeskanzlers Helmut Kohl hat der Deutsche Bundestag ebenfalls die europäische FFH- Richtlinie beschlossen. Die ökologische Bedeutung der Trupbacher Heide hat konsequenterweise zur Meldung der Fläche als potentielles FFH- Gebiet geführt.

Mehr als 10 Jahre sind Regierungspräsidenten, Ministerpräsidenten und später sogar der Bundespräsident bearbeitet worden, - doch langsam dämmert`s auch dem letzten Betonkopf, dass die Trupbacher Heide Naturschutzgebiet wird. Mit viel Mühe hat man zuletzt noch versucht dem Regierungspräsidenten und dem Land vorzugaukeln, das es zum ehemaligen Truppenübungsplatz keine Alternativen gäbe, um mit Hilfe einer Sondergenehmigung doch noch zum Ziel zu kommen. Damit hat man nochmals wertvolle Zeit verschwendet.

Festzuhalten bleibt: Die Kreis- und Stadtverwaltung, IHK und DGB, nicht zuletzt CDU und SPD haben zu verantworten, dass eine realistische Suche nach wirtschaftlich, sozial und ökologisch vertretbaren neuen Industrie- und Gewerbegebieten in der Stadt Siegen um mehr als 10 Jahre sträflich verzögert wurde. Betriebe sind aus Siegen abgewandert, Arbeitsplätze und Steueraufkommen sind verloren gegangen, Neuansiedlungen haben, wenn überhaupt, woanders stattgefunden.

Meine Damen und Herren,
ein weiteres pikantes Thema ist der Siegener Brandschutz. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Wahlkampfzeit 1999. Die Parteien gaben landauf, landab ihre Versprechungen zum Besten: überall sollte **alles** gemacht werden und das nur vom feinsten - versteht sich.

Eine dieser Versprechungen ist der Neubau der Siegener Feuerwache. Hier gibt es Verzögerungen über Verzögerungen. Stand Februar 2002: ob sie denn wirklich gebaut wird steht immer noch vollkommen in den Sternen. Der ins Auge gefasste, auch von unserer Fraktion favorisierte Standort, ist offenkundig nur mit extremen Mehrzahlungen zu erwerben. Die entsprechende Vorlage haben wir in der letzten Ratsitzung beraten. Diese Vorlage schon als Durchbruch zu feiern wäre grob fahrlässig, da bislang noch niemand in diesem Hause gesagt hat, wie das Ganze denn finanziert werden soll. Das man schon an viel kleineren Projekten scheitern kann, zeigt die Debatte und Beschlussfassung um den Brandschutzbedarfsplan.

Da wird mit ungeheuerem Engagement und fachlichem Können der Brandschutzbedarfsplan erarbeitet und beraten, da wird allseits das Engagement und der Einsatz der Feuerwehr gelobt,

aber dann, wenn es darauf ankommt, dem auch Taten folgen zu lassen, riskiert die CDU durch ihren undurchsichtigen Schlingerkurs die gesamten Zielsetzungen des Brandschutzes.

Es ist im höchsten Maße unlauter, die Konzepte zu beschließen, das notwendige Personal aber zu verweigern. Diese unsachgemäße Entscheidung, die im Fachausschuss nicht einmal begründet wurde, zeugt von fehlender Einsicht gegenüber den Bedürfnissen von Brandschutz und Feuerwehr. Das Sie nun im Hauptausschuss und vermutlich auch heute eine weitere halbgare Entscheidung mit der Bereitstellung lediglich einer weiteren Stelle für den Brandschutz treffen, zeigt nur, dass Sie offenkundig fernab der Notwendigkeiten weiterwursteln wollen. Hierfür haben weder die Feuerwehr noch die Bürger Verständnis, und im Ernstfall sind Sie allein verantwortlich zu machen.

Gemeinsam verantwortlich sind wir für die kommunale Sozialpolitik. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben sich die Bedingungen der Arbeits- und Sozialwelt für die Menschen weiter entscheidend verändert. Wir müssen folglich auch in der kommunalen Sozialpolitik neue Wege erforschen und begehen.

Durch das 2. Modernisierungsgesetz NRW tragen wir als Kommune nun von den delegierten Sozialhilfearbeiten einen nicht unerheblichen Teil der aufzuwendenden Kosten. Populistische Forderungen nach Reglementierung oder Einschränkungen der Sozialhilfe ist der einfachere, aber eben auch der falsche Weg.

Wir begrüßen den Willen der Verwaltung und der im Rat vertretenen Fraktionen, das Thema kommunale Beschäftigungspolitik nun endlich ernsthaft anzugehen. Sozialhilfe darf nicht entmündigende Fürsorge sein, sondern muss darüber hinaus die Menschen zu einer selbstbestimmten Entwicklung ermutigen und ermächtigen und so den nötigen Freiraum geben. Gemeinnützige Arbeit, wie 1998 vehement von der CDU gefordert, ist damit nicht gemeint, und schon gar keine Lösung.

Wir brauchen Qualifizierung und Beschäftigung als wichtiges Instrument in der kommunalen Sozialpolitik. Es ist besser, Arbeit zu finanzieren als Abhängigen Sozialhilfe zu zahlen.

In der kommunalen Beschäftigungspolitik haben wir erst einen Anfang gemacht- und bis zu einem für alle positiven Ergebnis ist es noch ein weiter Weg. Hier sind wir alle gefordert, viel Kreativität und ein hohes Maß an Gemeinsinn zu zeigen und zu praktizieren.

Die Stadt Siegen tut gut daran, die Initiativen, engagierten Gruppen und Verbände als kompetente Kooperationspartner anzusehen und zu fördern, auch in schwierigen finanziellen Zeiten. Dies wird schon mittelfristig positive Auswirkungen auf den Haushalt dieser Stadt haben.

Ich komme nun zur Schulpolitik.

Wie Sie wissen, sehr geehrte Damen und Herren, weist unsere Fraktion seit vielen Jahren auf den völlig inakzeptablen Unterhaltungsstau an den Siegener Schulen hin. Bis zu 15 Mio. € würde man benötigen, um nur die dringenden und notwendigen Sanierungsarbeiten zu erledigen.

Diese Sanierungserfordernisse sind, auch in diesem Hause, weitgehend unstrittig. Strittig hingegen ist der Weg, wie wir zu einer Verbesserung der Gesamtsituation kommen. CDU, SPD und UWG haben mit sogenannten Sonderprogrammen versucht, den Unterhaltungsstau abzubauen. Ein - wie wir meinen - im großen und ganzen zwar löbliches, im Ergebnis aber untaugliches Mittel, da das bereitgestellte Geld nicht ausreichte, bzw. erst gar nicht ausgegeben wurde. Im übrigen suggeriert schon das Wort "Sonderprogramm" als bedürfe es lediglich einiger punktueller Anstrengungen, damit alles wieder in Ordnung gebracht werden könnte. Dies ist - Sie wissen es selber - ein vollständiger Trugschluss. Was die Siegener Schulen brauchen, ist ein auf Dauer angelegtes großes finanzielles Engagement, wie es meine Fraktion in der Vergan

genheit schon mehrfach gefordert hat. Die Mehrheit des Rates hat leider einen solchen Weg bisher nicht angestrebt.

Nun hat das Land Nordrhein - Westfalen ja dankenswerterweise ab dem Jahr 2002, insgesamt 2,05 Mio. € für den Bereich des Schulbaus und der Schulunterhaltung zweckgebunden bereitgestellt. Unsere Hoffnung, dass dieses zweckgebundene Geld nun zusätzlich zu den Mitteln, die diese Stadt bisher selbst aufwandte, bereitgestellt werden sollte, wurde schnell enttäuscht. Im Ergebnis wird ca. eine halbe Millionen € in diesem Jahr nicht zur Verfügung gestellt, um statt dessen allgemeine Haushaltslöcher zu stopfen. Dies, meine Damen und Herren, ist falsch, und verzögert die nun mögliche zügige Schulsanierung weiter.

Aber nicht nur diese Entscheidung bedroht ein schnelles Abarbeiten des Unterhaltungsstaus. Die Unsitte und - ich sage dies sehr deutlich- der offenkundig beabsichtigte Umstand, dass in keinem Haushaltsjahr die Mittel ausgegeben werden, bzw. aufgrund von Personalmangel nicht ausgegeben werden können, die wir hier mit dem Haushalt beschließen, ist ein nicht länger hinnehmbarer Zustand. Jedes Jahr gibt es neue Debatten um Haushaltsreste und noch nicht kassenwirksam gewordene Rechnungen.

Das Ergebnis ist fast immer gleich: keine Übertragung der Haushaltsreste und Anrechnung der noch nicht kassenwirksam gewordenen Rechnungen auf das neue Jahr. Hinzu kommen inzwischen quasi jährliche Haushaltssperren, die mehr als jeden anderen Bereich die Schulunterhaltungsmittel treffen. Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, auch das sind wichtige Gründe, warum der Zustand der Siegener Schulen so schlecht ist.

Wir appellieren hier an Politik und Verwaltung, künftig einen anderen Weg einzuschlagen und fordern:

1. Die Bereitstellung des kompletten Landesgeldes für die Bauunterhaltung.
2. Keine Haushaltssperre mehr für die Schulunterhaltungsmittel bis der Unterhaltungsstau abgebaut ist.
3. Hier die generelle Übertragung von Haushaltsresten.
4. Ausreichende Personalausstattung der Hochbauverwaltung, damit das, was beschlossen wird, auch abgearbeitet werden kann.

Neben der Schulunterhaltung möchte ich auf einen weiteren naheliegenden Problembereich hinweisen:

Trotz erheblichen Handlungsbedarfes gibt es im heute zur Beschlussfassung vorliegenden Haushaltsplan keinen Euro für den Bereich der Schulwegsicherung. Auch wenn das Landesprogramm zur Schulwegsicherung ausgelaufen ist, sind wir der Meinung, dass wir hier weiter aktiv sein müssen. Unverständlich, dass hier die Verwaltung keinen Handlungsbedarf sieht. Ein entsprechender Antrag meiner Fraktion liegt Ihnen heute zur Beschlussfassung vor, und wir hoffen auf Ihre Zustimmung.

In Sachen Personalpolitik stellen wir fest, dass diese, von Unstimmigkeiten zwischen Bürgermeister und CDU Fraktion gekennzeichnet ist.

Wir werden den Verwaltungsentwurf zum Stellenplan ablehnen. Dazu drei Hauptgründe:

1. Das Personalkonsolidierungskonzept ist noch eine Absichtserklärung ohne Substanz.
2. Der Ausbildungsstellenplan zeigt, dass die Verantwortung der Stadt gegenüber jungen Menschen zu gering bemessen ist. In Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit muss man mehr tun als auf andere Städte zu verweisen.
3. Der Fachbereich 9 mit der Problemlösung à la Bürgermeister Stötzel ist unausgegoren. Durch die Schaffung einer neuen Funktionsstelle wird nichts erreicht. Die schwarze Macht im Rathaus hat die neuen Steuerungsmodelle wieder zurückgefahren, mit dem Ergebnis, dass die alte Macht und Herrlichkeit von Personal- und Hauptamt fröhliche Urstände feiern.

Und so ist auch zu verstehen, warum das Personal- und Hauptamt nur an den SNA, also die Zusammenfassung der Personalkosten, denkt und Erfolg einzig in der Reduzierung der Kosten im SNA gesehen wird. Andere Kriterien der Erfolgsbemessung sind ihnen scheinbar fremd. Konsequenterweise ist deshalb unserem Vorschlag auch nicht gefolgt worden, eine zusätzliche Stelle im Bereich der Beschäftigungsförderung einzurichten. Die hätte zwar den SNA ausgeweitet, aber dagegen auch Einsparungen im Bereich der Sozialhilfeausgaben gebracht. Viele Städte haben es vorgemacht. Auch der Kreis mit seinem ASS-Team ist ein Beispiel für intelligente Personalpolitik. Aber um das zu verstehen, muss man mal über den Tellerrand blicken.

Ähnlich sieht es mit unserer Forderung nach einer weiteren Stelle für die Bauunterhaltung aus. Hier muss man eine weitere Stelle schaffen, damit die Beschlüsse des Rates auch wirklich abgearbeitet werden könnten. Als Finanzierung böte sich dafür die unnötige Stelle im Fachbereich 9 an.

Herr Dr. Holzäpfel hat vor Jahren das Bild von den zu vielen Häuptlingen gegenüber den Indianern geprägt - und dafür gab es gute Gründe. Leider ist das alles vergessen, und seit ein schwarzer Oberhäuptling regiert, formt sich ein neues Bild. Denn – so stellt es sich heute dar - nicht die vielen Häuptlinge waren das Problem, sondern eher deren Hautfarbe. Schwarze Häuptlinge dagegen kann es wohl nicht genug geben. Soviel, meine Damen und Herren der CDU, zur Glaubwürdigkeit.

Aber noch besser wurde es nach den Beratungen im Personalausschuss. Der Bürgermeister und gleichzeitig Personalverantwortlicher glänzte bei der wichtigsten Sitzung im Jahr nur mit kurzer Anwesenheit. Andere gesellschaftliche Verpflichtungen waren ihm wichtiger.

Die Getreuen der CDU kamen, nachdem der Bürgermeister längst gegangen war, dann mit den neuen Sparvorschlägen im Personalbereich, auf die ich anfangs schon eingegangen bin. Im HFA harmonisierte unser Verwaltungschef dann mit Stimmenthaltung. Ich kann mich nicht erinnern, dass ein Bürgermeister bzw. ein Stadtdirektor in der Stadt Siegen, der einer Fraktion mit Mehrheit angehörte, so beschädigt wurde. Dies ist keine überzeugende Politik, weder gegenüber den Bediensteten dieser Stadt, noch gegenüber der Öffentlichkeit.

Abschließend bleibt festzuhalten: schon 2001 haben wir in unserer Haushaltsrede prognostiziert, dass es 2002 die achte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts geben wird. Es ist eingetreten, und heute prognostizieren wir die neunte!

Sinnvolle Projekte werden durch unnötige Luftnummern, wie z.B. der Siegbertunnel, verhindert. Wir von BÜNDNIS 90/Die Grünen wollen weiter die sozialen, kulturellen und umweltpolitischen Standards in Siegen erhalten und eben auch in Zeiten der Krise mit Augenmaß verbessern. Dies wird der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit in 2002 sein. Zu befürchten ist, dass die anschließende Haushaltsberatung leider zeigen wird, dass es uns wieder einmal an der nötigen Mehrheit für eine bürgernahe, soziale und ökologische Politik fehlt.

Deshalb, Herr Bürgermeister und meine Damen und Herren der CDU, lehnen wir auch in diesem Jahr Ihren Haushalt ab. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Ulrich Krombach
Stadtverordneter